



Antje Tillmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Berlin, 4. November 2010
Redaktion: Alexander Wahsner

Antje Tillmann, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-77019
Fax: +49 30 227-76497
antje.tillmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Erfurt:
Brühler Straße 4
99084 Erfurt
Telefon: +49 361 643 19 67
Fax: +49 361 644 78 59
antje.tillmann@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Weimar:
Erfurter Straße 12
99423 Weimar
Telefon: +49 3643 850 582
Fax: +49 3643 850 585

Mitglied im Finanzausschuss

**Mitglied im
Vermittlungsausschuss**

**Stellv. Mitglied im
Haushaltsausschuss**

Nach Steuerschätzung: Haushaltssanierung wird fortgesetzt

Nach den heute verkündeten Ergebnissen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ erklärt die Thüringer CDU-Bundestagsabgeordnete Antje Tillmann:

„Die erfreulichen Steuermehreinnahmen werden auf allen Seiten zu neuen Begehrlichkeiten führen. Als Verhandlungsführerin der Schuldenbremse warne ich aber davor, sie für neue Ausgaben zu verwenden. Oberste Priorität muss vielmehr eine beschleunigte Haushaltssanierung sein. Wir nehmen zwar bis 2012 insgesamt 60 Mrd. Euro mehr ein als bisher angenommen. Das heißt aber nur, dass wir künftig weniger neue Schulden aufnehmen werden als befürchtet. Wir müssen immer noch die höchste Neuverschuldung unserer Geschichte schultern. Angesichts dessen hat es keinen Sinn, den Menschen Sand in die Augen zu streuen.“

Die Kommunen werden gegenüber der letzten Schätzung bis 2012 14,2 Mrd. Euro mehr einnehmen. Der Stand von 2008 wird bei Ländern und Gemeinden schon 2012 wieder erreicht. Beim Bund ist das erst 2013 wieder der Fall. Das Begehren der Städte und Gemeinden, einen finanziellen Ausgleich zu finden und das kommunale Finanzsystem auf eine bessere Grundlage zu stellen, wird uns nicht loslassen. Gleichwohl hat sich die Ausgangslage auf allen Seiten aufgrund der unerwartet hohen Mehreinnahmen etwas entspannt.

Das wird bei den anstehenden Beratungen zu bedenken sein. Ich kann mir aber sehr gut vorstellen, dass man Mittel und Wege findet, die Kommunen auf der Ausgabenseite langfristig zu entlasten.“